

Berner Zeitung
8. Dezember 2006

Langenthal
Rassismus national bekämpfen

Phänomen Rechtsextremismus: Der Gemeinderat sieht keinen Handlungsbedarf, zumindest nicht auf lokaler Ebene.

Ein Pnos-Mitglied im Stadtrat und Nazikonzerte in der Region veranlassen den Langenthaler Gemeinderat nicht zu aussergewöhnlichen Massnahmen. Wie beurteilt der Gemeinderat die aktuelle Lage des Rechtsextremismus in Langenthal?, fragen die Stadträtin Nadine Masshardt und Stadtrat Reto Müller (beide SP) in einer kurz nach dem Neonazi-Konzert von Lotzwil eingereichten Interpellation.

Die beiden wollen auch wissen, was die Stadt und deren Bevölkerung gegen Extremismus unternehmen können und wie sich die Mitgliedschaft eines Pnos-Exponenten im Stadtrat aufs Image der Stadt auswirke.

Unerwünschte Publizität

Auf die Stadtratssitzung vom 11. Dezember hin hat der Gemeinderat nun Stellung genommen zur Interpellation. Beim Rechtsextremismus handle es sich um ein gesellschaftliches, nicht um ein lokales Problem, hält der Gemeinderat fest. Allerdings: Der Rechtsextremismus habe seit 2004, der Gründung der Pnos-Sektion Langenthal und der Wahl von Tobias Hirschi in den Stadtrat, in der Region besondere Aufmerksamkeit erfahren.

Zwar schätzen «weder die Stadt noch die Region Publizität dieser Art». Da Extremismus kein lokales Phänomen sei, könne es aber auch nicht lokal gelöst werden. Die Stadt nutze «die vom Gesetzgeber zur Verfügung gestellten Instrumente zur Verhinderung von Extremismus», indem sie etwa die von der Pnos beantragte Demonstration «Nein zum Minarett» nicht bewilligt hat. Auch hätten «rigorose Kontrollen und das beherzte, konsequente Durchgreifen der Polizei» beim Lotzwiler Neonazi-Konzert abschreckende Wirkung gehabt. Das Problem müsse aber mindestens auf nationaler Ebene angepackt werden.

Kein Interesse an Beratung

Zur Wahl von Tobias Hirschi will der Gemeinderat keine Stellung nehmen. Für Behörden und Stadtverwaltung habe sich die Pnos aber bisher als «kooperativ und verlässlich» erwiesen. Beispiel: Die nicht bewilligte Minarett-Demonstration hat tatsächlich nicht stattgefunden.

Ein Postulat von Nadine Masshardt fordert zudem, den Beitritt zur Informations- und Beratungsstelle gegen Gewalt und Rassismus ggü. zu prüfen. Der Gemeinderat will dem Stadtrat diesbezüglich den Antrag auf Nichterheblichkeit stellen. Am Projekt ggü. sind 42 Gemeinden der Regionen Bern und Burgdorf beteiligt. Sie wollen gegen Gewalt und Rassismus in der Region gemeinsam vorgehen.

khl